

Auf einen Blick – Ergebnisse des NDMs 2025

Die zentralen Befunde des Niedersächsischen Demokratie-Monitors 2025 (NDM 2025) sprechen weniger für eine unmittelbare Systemkrise als für eine schleichende Erosion des demokratischen Rückhalts. Gesellschaftliche Konflikte spitzen sich selektiv zu, während das Vertrauen in die politischen Akteure wie in den Jahren zuvor gering bleibt.

- **Die Demokratiezufriedenheit nimmt weiter ab:** Die Demokratiezufriedenheit, die seit dem ersten NDM im Jahr 2019 immer weiter zurückgeht, erreicht 2025 einen neuen Tiefststand. Erstmals ist der Anteil der Niedersächs*innen, die unzufrieden mit dem Zustand der Demokratie in Deutschland sind, höher als jener der Zufriedenen. Auch die Politik der Bundesregierung wird sehr schlecht bewertet, anders als jene der Landesregierung, die bis weit ins Lager der CDU-Anhänger*innen Unterstützung findet.
- **Geringes Vertrauen in Politiker*innen und Parteien:** Das Vertrauen in Institutionen wie Gerichte und die Polizei ist hoch, das Vertrauen in Politiker*innen und Parteien verharrt auf dem niedrigen Niveau, das wir schon 2023 gemessen haben.
- **Unterstützung für demokratische Prozesse:** Die Unterstützung der Prozesse der repräsentativen Demokratie – etwa parlamentarische Opposition und Parteienwettbewerb – hat abgenommen. Das Lager derjenigen, die sich gegenüber der repräsentativen Demokratie unentschieden zeigen, wächst deutlich an. Die Gruppe der offenen Demokratiefeind*innen ist aber nicht größer geworden.
- **Rechtsverschiebung statt Rechtsruck:** Die politische Mitte erodiert leicht, weil im Vergleich zu den Vorgängeruntersuchungen mehr Befragte eine rechte oder sehr rechte Position einnehmen. Da aber der Anteil linker und sehr linker Positionen stabil bleibt, diagnostizieren wir keinen Rechtsruck, sondern eine Rechtsverschiebung der politischen Landschaft.
- **Themenspezifische Polarisierung und Parteipolitisierung:** Einzelne gesellschaftspolitische Fragen polarisieren stark. Insbesondere das Thema der Geschlechtsidentität fällt hier auf. Andere Konfliktfelder – etwa Migration oder Wirtschaftspolitik – sind zwar parteipolitisch stark aufgeladen, in der Bevölkerung jedoch deutlich weniger polarisiert.
- **Multiple asymmetrische Polarisierung:** Die themenspezifische Polarisierung fügt sich in ein umfassenderes Muster ein, das wir als multiple asymmetrische Polarisierung bezeichnen. Dies zeigt sich darin, dass sich Konflikte in Niedersachsen zunehmend auf einzelne gesellschaftspolitische Themen konzentrieren, ohne dass sich zwei klar getrennte politische Lager herausbilden. Denn hinsichtlich einiger Themen radikalisiert sich ein Lager, ohne dass sich ein Gegenlager herausbildet.
- **Antisemitismus und Rechtsextremismus:** Wir beobachten in Niedersachsen einen Anstieg rechtsextremer, antisemitischer und populistischer Einstellungen. Die Befunde zur Verschwörungsmentalität fallen hingegen ambivalenter aus: Während der Anteil offen verschwörungsaffiner Einstellungen im Vergleich zu 2019 und zur Coronapandemie 2021 deutlich zurückgeht, bleibt unklar, ob damit auch die zugrunde liegende Anfälligkeit für Verschwörungserzählungen tatsächlich abgenommen hat.
- **Antifeminismus:** Rund 15 % der niedersächsischen Bevölkerung hegen antifeministische Ressentiments. Antifeministische Einstellungen finden sich besonders häufig bei Männern, Personen mit niedrigerem Bildungsniveau und Anhänger*innen der AfD.
- **Stadt-Land-Konflikte und interne Heterogenität in Stadt und Land:** Die Befunde aus Nordwest-Niedersachsen sprechen nicht für einen einfachen Stadt-Land-Gegensatz im Sinne zweier geschlossener politischer Lager. Es existieren zwischen urbanen Zentren und umliegenden ländlichen Räumen deutliche politische Spannungen bei Fragen nationaler Identität, gesellschaftspolitischer Liberalität und politischer Repräsentation. Dennoch verlaufen politische Konflikte regional differenziert und entstehen häufig innerhalb ländlicher Räume selbst. Auch hier zeigt sich somit eine Form multipler asymmetrischer Polarisierung.
- **Zukunftsangst:** Die Zukunftsaussichten werden in Niedersachsen überwiegend pessimistisch eingeschätzt. Zukunftsunsicherheit steht dabei in engem Zusammenhang mit politischer Unzufriedenheit und einer skeptischeren Haltung gegenüber repräsentativen demokratischen Prozessen. Unterschiede zwischen sozialen Gruppen bestehen zwar, fallen insgesamt jedoch eher moderat aus.